

Herrn
Bürgermeister Tim Krämer
Hubertusstraße 17
52477 Alsdorf

Alsdorf, den 05.07.26

Antrag zum Widerruf des Opt-Out-Beschlusses und zur Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 01.07.2025 hat sich der Rat der Stadt gegen die Einführung der Bezahlkarte entschieden und stattdessen von der Opt-Out-Regelung gemäß § 4 der Bezahlkartenverordnung NRW (BKV NRW) Gebrauch gemacht.

Die CDU-Fraktion vertrat bereits damals eine andere Auffassung: Das bestehende System aus Schecks und Warengutscheinen ist veraltet und mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden, ein möglicher Missbrauch unterscheidet sich zwischen Scheck und Karte kaum, und die Bezahlkarte bietet mit einem Whitelistverfahren mehr Kontrolle und Transparenz bei langfristig geringerem Aufwand für die Verwaltung. Diese Position vertritt die CDU-Fraktion unverändert.

Ein Jahr später zeigt die Praxis, wie berechtigt diese Einschätzung war. Die Stadt Baesweiler setzt die Bezahlkarte seit Juli 2025 ein. Die dortige Verwaltung zieht eine positive Bilanz: Das monatliche Abholen von Schecks beim Amt entfällt, Geflüchtete können auch ohne eigenes Bankkonto einfacher bezahlen, und Überweisungen ins Ausland – etwa an Schleuser – sind ebenso ausgeschlossen wie Glücksspiele. Die Handhabung werde von den Nutzern als einfach empfunden. Um die Kommunen zu entlasten, stellt das zuständige Landesministerium zudem eine initiale, landesseitige Dienstleister-Whitelist mit NRW-weit relevanten Unternehmen und Einrichtungen sowie den regionalen Verkehrsverbünden bereit; die Kommunen können diese bei Bedarf um weitere

Zahlungsempfänger ergänzen. Was in Alsdorf vor einem Jahr noch als zu aufwändig galt, funktioniert in der Nachbarkommune der StädteRegion im Alltag reibungslos.

Diese Entwicklung wird von Land und Bund gestützt: Die schwarz-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalen empfiehlt auch weiterhin den Kommunen die Einführung der Bezahlkarte ausdrücklich, und die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat sich im Koalitionsvertrag auf eine flächendeckende, bundesweite Einführung verständigt.

Statt die Verwaltung mit weiteren Prüfaufträgen zu belasten, ist die CDU-Fraktion der Auffassung die Bezahlkarte einzuführen und somit auf die neue Faktenlage zu reagieren. Damit entlasten wir die Verwaltung dauerhaft von der händischen Ausgabe und Kontrolle von Schecks und Gutscheinen, machen die Leistungserbringung digitaler und schaffen zugleich mehr Kontrolle über die Mittelverwendung.

Wir beantragen daher, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Alsdorf widerruft seinen Beschluss vom 01.07.2025 (Vorlage 2025/0184/A 50), von der Opt-Out-Regelung gemäß § 4 der Bezahlkartenverordnung NRW Gebrauch zu machen, und beschließt die Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wir bitten darum, diesen Antrag nach § 12 (1) der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf dem Tagesordnungspunkt Ö13 der Ratssitzung am 07.07.2026 hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Florian Weyand
Fraktionsvorsitzender

gez.
Fabian Dohms
stellv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Julia Peters
Fraktionsgeschäftsführerin